53. Jahrgang. № 81. Montag, 22. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,40 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Racket Tennis-Bälle, Netze, Pfosten, Pressen etc. K. S. Hoflieferant **B. A. Müller** Prager Str. 32/34. Ill. Preisliste frei.

Gummi- Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Puffer, Walzen, sowie alle Maschinenbedarfs-Artikel wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinenöle en gros liefern in besten Qualitäten billigst en detail. *Gummi- u. Asbest-Compagnie* Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 16.

Lea Weinhold, Atelier für feinen Damenputz :: :: :: Viktoriahaus DRESDEN-A. Ringstrasse 18. Steter Eingang französischer und Wiener Neuheiten • Modelle • Zivile Preise.

Spul- und Madenwürmer werden bei Kindern und Erwachsenen gründlich beseitigt durch die angenehmen Mittel Contravermes, 30, 35 und 50 Pfennige, und Madenwurmzäpfchen, 50 Pfg. Versand nach auswärts. Alleinvertrieb: **Königl. Hofapotheke,** DRESDEN-A., Georgentor.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Die Besserung im Befinden des Staatsministers Grafen von Hohenthal hält an.

Rudolf von Gottschall ist gestern in Leipzig im 86. Lebensjahre verstorben.

Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." konstatiert, daß die Nachlaßsteuer in der Bevölkerung zusehends an Sympathien gewinne.

Bezüglich des österreichisch-serbischen Konflikts äußerte sich der österreichische Minister des Aeußeren von Aehrenthal, die Krise gehe ihrem Ende entgegen.

Der Postbeamtenstreik hat in Paris nachgelassen, in den Provinzhauptstädten ist die Lage unverändert.

Zur Orientkrise.

Ein neuer Aufschub der Entscheidung.

Die „Frankf. Ztg." meldet aus Wien: Die Mächte haben den Wunsch ausgesprochen, daß die Erteilung der österreichisch-ungarischen Antwort auf die serbische Note abermals verschoben werde, um für ihre Verhandlungen untereinander und ihre Schritte in Belgrad Zeit zu gewinnen. Das Wiener Kabinett ist bereit, diesen Wunsch zu erfüllen. Graf Forgach dürfte somit die Antwort erst gegen Ende des Monats in Belgrad überreichen.

Eine deutsch-offiziöse Auslassung.

Die „Süddeutsche Reichskorresp." meldet aus Berlin: Während die Zuspitzung der Lage zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien diplomatisch und militärisch anhält, werden durch die letzte Note Rußlands die Mächte zu einer Entschließung darüber gedrängt, ob sie die sogenannte bosnische Frage in vollem Umfange wieder eröffnen wollen. Ist es nicht sachgemäß und für die Ruhe Europas am dienlichsten, auf Grund des zwischen Wien und Konstantinopel erzielten Uebereinkommens, die Annexion der beiden Provinzen vorbehaltlich der von Oesterreich-Ungarn niemals zurückgewiesenen internationalen Beurkundung nun jetzt als vollendete Tatsache zu behandeln? Oder soll ohne Rücksicht auf die vertragsmäßige türkisch-österreichisch-ungarische Einigung die Annexion den Signatarmächten des Berliner Vertrages als null und nichtig gelten? Gegen die Wiederaufrollung einer bosnischen Frage in diesem Sinne würde sich wohl neben Oesterreich-Ungarn auch die Türkei und mit Deutschland auch Italien aussprechen. Aber auch Frankreich und England würden wohl nicht die Rückgängigmachung des österreichisch-ungarisch-türkischen Vertrags anstreben, dessen Vorverhandlungen sie absichtlich nicht gestört und dessen Abschluß sie durch eine wohlwollende Zurückhaltung mittelbar unterstützt haben. Die russische Note spricht allerdings ganz allgemein davon, man müsse die „Frage" einer Konferenz unterbreiten. Die Note zwingt aber ihrem Wortlaute nach noch nicht zu der Annahme, daß Rußland den österreichisch-ungarisch-türkischen Ausgleich als nicht erfolgt behandelt, auf einer Konferenz die Tatsache der Annexion selbst aufrichten und gerichtsartige Erörterungen führen will, die für Oesterreich-Ungarn unannehmbar sind und die auch keine andere Großmacht wünscht. Ist die Möglichkeit einer vermittelnden Auslegung der russischen Note vorhanden, so braucht die Verständigungsarbeit zwischen den Mächten nicht aussichtslos zu sein. Gegen ihre Entscheidung würde Serbien selbst nichts einwenden können, nachdem es in der Zirkularnote vom 10. ds. seine Sache ohne Reserve in die Hand der Mächte gelegt hat.

Serbien will abrüsten?

Nach kursierenden Gerüchten ermächtigte Serbiens Minister des Aeußeren den Belgrader Mitarbeiter der „Petersb. Ztg." zu der Verbreitung der Notiz, daß Serbien dem Vorschlage der Großmächte folgen und abrüsten werde. Mit diesem Vorschlage werde Serbien garantiert, daß es einen bewaffneten Angriff von keiner Seite zu erwarten habe. (Wiederholt.)

Die serbischen Parteiführer dagegen scheinen nicht das Bedürfnis zu empfinden, ihrer Regierung den Rückzug zum Frieden zu erleichtern. Sie versicherten in einer großen Versammlung am Sonnabend, daß sie mit der Stimmung im Ausschusse für Nationalverteidigung vollständig übereinstimmen und auf dem Standpunkte der Resolution vom 14. Januar verharren. Rafailowitsch hob noch hervor, daß Kriegsminister General Zivkowitsch sich mit der Gesamtstimmung solidarisch erkläre. Diese Resolution vom 14. Januar erklärt territoriale Kompensationen für den „Verlust" der okkupierten Provinzen für unerläßlich.

Minister Aehrenthal optimistisch.

Die „Tribuna" meldet aus Wien: Beim parlamentarischen Abend am Freitag erklärte Minister Aehrenthal gegenüber dem Abgeordneten Rizzi, er sei optimistisch; die Krise gehe ihrem Ende entgegen, sie werde in wenigen Tagen gelöst sein. Dasselbe Blatt interviewte den serbischen Gesandten in Wien, der sagte, Serbien werde nachgeben, wenn die Konferenz im Sinne, wie Italien es wolle und mit den italienischen Forderungen tatsächlich und möglichst schnell zusammentrete.

Die neuesten Meldungen lauten:

Rom. Wie die „Agenzia Stefani" aus London erfährt, findet zwischen den Mächten ein Meinungsaustausch darüber statt, in welcher Form der neue Schritt in Belgrad geschehen solle, durch den Serbien für die Abrüstung und die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn gewonnen werden soll

Sofia. Authentischen Nachrichten zufolge ist bei Valjevo in Westserbien ein verschanztes Lager errichtet worden, dessen Werke mit schweren Geschützen armiert wurden.

Cetinje. Nachdem das österreichisch-ungarische Geschwader die Reede von Spizza verlassen hat, hat der Fürst von Montenegro Befehl gegeben, die angeordnete Mobilmachung einer halben Division einzustellen. Er wird sich darauf beschränken, die Effektivbestände an der Grenze zu verstärken.

Rom. Der türkische Minister des Aeußeren Rifaat Pascha ist heute abend hier eingetroffen und von dem Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren Bollati und den Mitgliedern der türkischen Botschaft empfangen worden. Er wird morgen eine Unterredung mit dem Minister des Aeußeren Tittoni haben und vom König empfangen und zur Frühstückstafel geladen werden.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. März.

Der Postbeamtenausstand in Frankreich.

Paris. Da die Bevölkerung durch einen Aufruf aufgefordert war, vor dem Postministerium eine Protestkundgebung gegen Simyan zu veranstalten, sammelten sich gegen 2000 Personen in der Rue du Louvre an. Der Polizeipräfekt trieb die Manifestanten zurück, worauf diese sich von neuem vor einem Café versammelten, wo Redner die Entlassung Simyans forderten. Die Polizei zerstreute die Menge auch hier, später bildeten sich aber wieder neue Gruppen.

Paris. Der nächste Ministerrat ist nunmehr auf Dienstag verschoben worden. Im Unterstaatssekretariat der Posten wird jede Auskunft über den etwaigen Rücktritt Simyans verweigert. Nach der amtlichen Statistik vollzieht sich der Telephondienst normal. Von 2600 Beamten fehlen 430, von denen jedoch 200 beurlaubt oder krank sind. Der Dienst in den Postämtern, insbesondere der Rohrpostdienst, vollzieht sich wie gewöhnlich. Die Arbeit im Haupttelegraphenamt wurde heute vormittag stärker wieder aufgenommen. Gegenwärtig ist über die Hälfte der diensthabenden Beamten zur Stelle. Auch im Hauptpostamt in der Rue du Louvre treten die Beamten wieder zahlreicher an. Dagegen fehlen im Bahnpostdienst noch viele Beamte. Der Dienst in der Provinz vollzieht sich wie gewöhnlich, außer in einigen großen Städten, wie Marseille und Lyon, wo die Fehlenden durch Militär und Aushilfsbeamte ersetzt werden.

Paris. Heute nachmittag fand eine Versammlung der ausständigen Postbeamten statt. Die Redner versicherten, daß der Ausstand, der das Publikum und die Presse auf seiner Seite habe, Erfolg haben werde. Sie forderten die Anwesenden auf, nicht vom Kampfe abzulassen, da auch die Provinz sich der Bewegung anschließe. Ein Redner erklärte, daß mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet worden seien und daß alle ausständigen Beamten den Dienst morgen früh wieder aufnehmen würden, wenn Clémenceau ihnen Genugtuung bieten würde. Die Versammlung dauerte noch an, während man mit Clémenceau unterhandelt.

Paris. Die Streiklage ist in Lille, Marseille und Lyon unverändert. Das Zentralkomitee der Union der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter nahm in der Arbeitsbörse eine Tagesordnung an, in welcher die Arbeiter erklären, sofort eine Propagandaaktion ins Werk setzen zu wollen, mit dem Ziele, alle Organisationen der Staatsarbeiter in die Ausstandsbewegung hineinzuziehen, falls die Verwaltung den Postbeamten nicht Genugtuung gewährt. — Die „Humanité" meldet, daß der Abgeordnete Rouannet den Minister der öffentlichen Arbeiten, Barthou, in Kenntnis gesetzt habe, daß er am Montag eine Interpellation an ihn richten werde über Unrichtigkeiten, die in Barthous Rede vom Freitag, deren öffentlichen Anschlag die Kammer beschlossen hat, enthalten seien. — Die Blätter halten die Lage fortgesetzt für sehr ernst, obgleich sich gestern eine leichte Entspannung gezeigt habe. Nach den von der Polizeipräfektur um Mitternacht veröffentlichten Zahlen betrug die Zahl der Ausständigen am Freitag 6296, Sonnabend 5822.

Paris. Minister Barthou empfing heute nachmittag eine Abordnung des Arbeitersyndikats, welche die Verantwortlichkeit für das Durchschneiden von Telegraphenlinien ablehnte und dem Minister versicherte, daß die Arbeit allgemein wieder aufgenommen werden würde, wenn Unterstaatssekretär Simyan seinen Abschied nähme und kein Beamter oder Arbeiter wegen des Ausstandes oder des damit in Zusammenhang stehenden Verhaltens entlassen oder bestraft werden würde. Der Minister erklärte darauf, die Regierung könnte über die Demission eines ihrer Mitglieder nur vor dem Parlament verhandeln. Bisher sei keine definitive Entlassung erfolgt, das gesamte Personal müsse aber die Arbeit bis spätestens Dienstag früh wieder aufgenommen haben. Alsdann werde die Regierung, die allen Beamten wohlwollend gegenüberstehe, deren Vertreter zur Besprechung ihrer Interessen empfangen. Der Minister schloß mit einem Appell an den republikanischen und patriotischen Sinn des Syndikats, um der für das Allgemeinwohl so schädlichen Krise ein Ende zu machen.

Bremerhaven. 440 Offiziere und Mannschaften, welche von der westafrikanischen Schutztruppe abgelöst worden waren, trafen heute mittag mit dem Hamburger Dampfer „Kronprinz" hier ein. Sie wurden im Kaiserhafen von dem Oberst v. Glasenapp aus dem Reichskolonialamt begrüßt. Unter Vorantritt der Kapelle der 3. Matrosenartillerie-Abteilung marschierten die Truppen nach den Lloydbaracken in der Hafenstraße in Lehe. Von dort aus werden sie in die Heimat entlassen werden.

Hamm i. Westf. (Amtliche Meldung.) Auf der Strecke Ahlen—Hamm erlitt der Güterzug 8234 heute früh 4 Uhr eine Zugtrennung. Der dem ersten Teile des Zuges nachfolgende abgerissene Schlußteil stieß auf diesen auf und brachte eine Anzahl Wagen zur Entgleisung. Beide Hauptgleise wurden gesperrt, das Gleis Hamm—Ahlen bis etwa 9 Uhr vormittags, das Gleis Ahlen—Hamm voraussichtlich bis heute gegen abend. Verletzungen von Personen haben nicht stattgefunden. Personenverkehr bis 9 Uhr durch Umleitung bezw. Umsteigen aufrecht erhalten, von dann ab eingleisiger Betrieb.

Prag. Auch am heutigen Sonntag verübten Tschechen derartige Angriffe auf deutsche Studenten, daß Polizei und Gendarmerie blank ziehen und den Wenzelsplatz räumen mußten.

Puerto de la Cruz. Heute wurde der Grundstein gelegt zu dem von Geheimrat Hergesell und Professor Pannwitz gegründeten Observatorium am Pic von Teneriffa.

Kalliope Musikwerke Akt.-Ges. Leipzig. Laut Inserat in vorliegender Nummer werden die Aktionäre aufgefordert, das ihnen auf die neu auszugebenden Aktien zustehende Bezugsrecht in der Zeit vom 23. d. Mts. bis 6. April auszuüben. Auf je 2000 M. alte Aktien entfällt eine Neuaktie über 1000 M. zum Kurse von 115 % zuzüglich des Stücke- und Schlußnotenstempels. Anmeldestelle für Dresden ist die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Abteilung Dresden.

Aachen. Zwischen der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen zu Aachen und der Gesellschaft des Emser Blei- und Silberwerks zu Ems ist, vorbehaltlich der Genehmigung der im April tagenden Generalversammlungen, ein Fusionsvertrag abgeschlossen worden.

Oertliches und Sächsisches.

— Am Freitag stattete Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg dem Minister Grafen von Hohenthal in der Mangoldtschen Klinik einen Besuch ab. Erfreulicherweise hält die Besserung im Befinden des Herrn Grafen an. Auch ist seine allgemeine Stimmung zurzeit eine recht gute.

— Wie bereits in einem Teile des gestrigen Blattes kurz gemeldet, ist am Sonnabend nachmittag **Kammerherr von Arnim** auf Planitz plötzlich am Herzschlag verstorben. Der Heimgegangene, langjähriges Mitglied der 1. Ständekammer, war am 4. Juli 1848 geboren und seit 1875 mit Martha Pauline von Schlegell vermählt. Er hinterläßt drei Töchter, von denen zwei verheiratet sind. v. Arnim war Rechtsritter des Johanniterordens und Besitzer mehrerer bedeutender Kohlenwerke.

— **Expräsident Castro** verläßt heute nach fünfwöchentlichem Aufenthalt im Hotel Bellevue Dresden wieder.

— **Die Vereinigten Dresdner Nationalen Ausschüsse** (für den 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreis) veranstalten heute 1/2 9 Uhr abends im Hotel Bellevue zu Blasewitz einen Familienabend, zu dem nationalgesinnte Damen und Herren herzlich willkommen sind. Hervorragende musikalische Genüsse werden geboten. An Stelle des leider verhinderten Herrn Kammersängers Grosch, wird als Solist ein neu engagiertes Mitglied der Königl. Hofoper, Herr Hofopernsänger Schmalnauer, mitwirken. Durch das Entgegenkommen der Harmoniumfabrik von J. T. Müller-Dresden-Striesen wird den Zuhörern auch Gelegenheit gegeben sein, ein großes Orgel-Harmonium mit zwei Manualen und Pedal und 15 Stimmen zu hören, auf dem Herr Dr. Schnorr von Carolsfeld, Organist und Hochschullehrer für Orgelspiel, Mendelssohn und Rheinberger zum Vortrag bringen wird. In gleich liebenswürdiger Weise hat auch der Chorgesangverein der Chemischen Fabrik Helfenberg unter Direktion des Herrn Lehrers Berge seine Mitwirkung zugesagt.

— Der Vorstand und die Obmänner des **Nationalliberalen Deutschen Reichsverein,** hier, haben die in diesem Verein herrschende Stimmung über die Nachlaßsteuer durch folgende Resolution zum Ausdruck gebracht, die an den Reichstagsabgeordneten Dr. Heinze und an die nationalliberale Reichstagsfraktion abgesandt worden ist: „Der Nationalliberale Deutsche Reichsverein in Dresden begrüßt es mit lebhafter Befriedigung, daß der Reichstagsabgeordnete für Dresden-Altstadt, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Heinze, in der vom nationalen Ausschuß für Dresden-Striesen am 13. März 1909 abgehaltenen öffentlichen Versammlung mit Entschiedenheit für eine Besteuerung der Nachlässe oder der Erbschaften auch bei Deszendenten sich erklärt hat. Der Verein hält eine derartige Steuer für die beste und auch für die volkstümlichste Form, in der der Besitz zur Deckung der Ausgaben des Reiches herangezogen werden kann. Er erblickt in ihr — im Gegensatz zu dem abgeschlossenen Kompromiß — das einzig mögliche Mittel, die Reichsfinanzreform in einer den Interessen des Reiches und der Bundesstaaten entsprechenden Weise durchzuführen. Deshalb erwartet er von der nationalliberalen Reichstagsfraktion, daß sie sich mit aller Kraft für die Nachlaß- oder Erbschaftssteuer der Deszendenten einsetzt und energisch die Widerstände bekämpft, die von agrarischer Seite entgegengestellt werden."

— **Der Landesverband Evangelischer Arbeitervereine** in Sachsen hielt gestern nachmittag im „Sächsischen Wolf" in Deuben seine Hauptversammlung ab. Die Versammlung nahm zur Frage der **Reichsfinanzreform** folgende Resolution einstimmig an: „Die in Deuben bei Dresden am 21. März 1909 tagende Hauptversammlung des Landesverbandes Evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen, die rund 18 000 Mitglieder aus den Kreisen der Minderbemittelten, besonders der

SLUB Wir führen Wissen.